

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 10.06. – 14.06.2013



Inhalt

1. Drohnenfiasko – Untersuchungsausschuss kommt!
2. Verbraucherinnen und Verbraucher stärken!
3. Studienplätze sichern und BAföG ausbauen
4. Volksentscheide ins Grundgesetz

Drohnenfiasko – Untersuchungsausschuss kommt!

Die Verschleierungstaktik im Verteidigungsministerium muss beendet werden:

Bereits in der letzten Ausgabe der *Aktuellen Hauptstadtinfos* berichteten wir über den Versuch des Verteidigungsministeriums einen Millionenskandal vor dem Parlament geheim zu halten.

Der Verteidigungsminister redet gerne über die Bedeutung von Verantwortung. Aber statt sich an seinen eigenen Maßstäben messen zu lassen, spielt er erneut auf Zeit. Nachdem er sich drei Wochen lang überhaupt nicht äußerte, legte er sehr spät einen Bericht vor und rechtfertigte sein Versäumnis mit der mangelhaften Kommunikation im Ministerium: Er sei nicht rechtzeitig und nicht ausreichend informiert worden. Damit schiebt er die Verantwortung auf nachgeordnete Stellen. Weder wurden die Fragen nach der tatsächlichen Verantwortlichkeit für dieses Millionendesaster beantwortet noch personelle Konsequenzen gezogen. Weiter erklärte de Maizière, dass er erst am 13. Mai erfahren habe, dass die Probleme bei der Zulassung des Euro-Hawks quasi unlösbar seien. In einer Gesprächsrunde am 1. März sei ihm gegenüber noch von lösbaren Problemen gesprochen worden.

Hintergrund zum Euro-Hawk:

2001 wurde entschieden, ein bisher im Einsatz befindliches elektronisches Aufklärungssystem ab 2010 durch ein unbemanntes Aufklärungssystem (Drohne) zu ersetzen. Es handelt sich beim Euro-Hawk nicht um ein bewaffnetes System, sondern um ein reines Aufklärungssystem.

Das Aufklärungssystem wurde in Deutschland entwickelt, das fliegende Trägersystem (Drohne) wurde bei einer amerikanischen Firma bestellt. Dieses System für den deutschen und europäischen Luftraum zuzulassen würde nach Angaben des Ministeriums mindestens weitere 200 Millionen Euro kosten.

Obwohl diese Probleme bekannt waren, wurden keine Korrekturen unternommen und was viel schlimmer ist: die parlamentarischen Gremien wurden nicht darüber informiert!

Mittlerweile sind Presseberichte aufgetaucht, aus denen man entnehmen kann, dass diese Aussage nicht der Wahrheit entspricht. Nachdem eine Missbilligung des Ministers an der Mehrheit von CDU/CSU und FDP im Parlament scheiterte, müssen die Vorgänge nun in einem Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken!

Jeder von uns kennt es: zunehmend wird es schwieriger, sich auf den Märkten zu orientieren, denn unsere Konsumententscheidungen werden immer komplexer. Da wäre es hilfreich, wenn es eine staatliche Aufsichtsstruktur gäbe, die den Verbrauchern dabei helfen könnte, sich besser durch den Angebots-Dschungel zu schlagen.

Unser Vorschlag lautet, die Verbraucherzentralen und ihren Bundesverband zu `Marktwächtern` auszubauen, die in den Bereichen Finanzen, Energie, digitale Welt und Telekommunikation, Lebensmittel sowie Gesundheit mit Kompetenz durch den Dschungel führen sollen. **Ziel ist es, uns Verbraucher besser zu schützen und Marktmissbrauch aufzuspüren.** Notfalls soll auch juristisch gegen unseriöse Anbieter vorgegangen werden ([hier geht es zu unserem Antrag](#)). Wir stellen uns vor, dass die Marktwächter als Frühwarnsystem für kollektiv auftretende Verbraucherprobleme fungieren sollen. Das heißt, dass nicht mehr jeder Einzelne eine (meist aussichtslose) Klage anstreben muss, sondern dass die Marktwächter Klagen sammeln und kollektiv für unser Recht als Verbraucherinnen und Verbraucher eintreten können. Unser Konzept sieht eine engere Verzahnung zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft vor, zum Nutzen der Verbraucher. Zur Finanzierung des Ausbaus der Verbraucherzentralen zu Marktwächtern wollen wir auch vom Bundeskartellamt verhängte Bußgelder wegen Kartellrechtsverstößen verwenden.



Studienplätze sichern und BAföG ausbauen



Die Nachfrage nach Studienplätzen steigt kontinuierlich. Es sind gute Nachrichten, dass immer mehr junge Menschen studieren möchten, allerdings scheitert mancher Studienwunsch an Kapazitätsproblemen! Die deutschen Hochschulen und Unis haben einfach nicht genügend freie Plätze, um **allen Qualifizierten zeitnah einen Studienplatz anbieten** zu können.

Deshalb muss der Hochschulpakt 2020 dringend aufgestockt werden! Wir haben dazu einen Antrag vorgelegt ([den Antrag gibt es hier](#)) und fordern die schwarz-gelbe Bundesregierung auf, schnellstmöglich die

Mittel des Bundes für den Hochschulpakt anzupassen. Darüber hinaus fordern wir, den Pakt zu ergänzen, sodass Länder und Hochschulen mehr Planungssicherheit haben. Ziel unserer Bemühungen muss es sein, dass alle jungen Menschen, die hier studieren möchten, auch einen Studienplatz in einer zumutbaren Zeitspanne finden können.

Neben dem Kapazitätsproblem scheitert die Aufnahme eines Studiums oft am Geld. Besonders junge Menschen aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund haben es in Deutschland schwer, ein Studium zu beginnen. **Die BAföG-Bedarfssätze und die Freibeträge müssen daher dringend angepasst werden!** Auch die Förderlücke zwischen Bachelor- und Master-Studium muss geschlossen werden! Zwar ist es eine positive Entwicklung, dass es in fast keinem Bundesland mehr Studiengebühren gibt, was vielerorts, auch in Hessen, dem

Engagement der SPD zu verdanken ist. Dennoch dürfen wir uns nicht auf Erfolgen ausruhen, denn viele Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien nehmen aus wirtschaftlichen Gründen erst gar kein Studium auf. Daher muss **das BAföG auf alle bedürftigen Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10 ausgeweitet werden!** Wir wollen 500 Mio. € im Jahr für das Schüler-BAföG, wovon 320 Mio. € auf den Bund entfallen sollen. Wer sich für das Thema Schüler-BAföG interessiert, kann sich [hier unseren Antrag](#) durchlesen.

Volksentscheide ins Grundgesetz

Seit 150 Jahren steuern wir bei der SPD unsere Ideen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Demokratie bei. Es gab dabei auch Zeiten, in denen wir für die parlamentarische Demokratie kämpfen mussten. Wir haben das Frauenwahlrecht eingeführt und Elemente direkter Demokratie in unsere Verfassung aufgenommen. Daran wollen wir nun anknüpfen und fordern in einem Gesetzentwurf ([hier geht's zu unserem Antrag](#)) **bundesweite Volksentscheide** auf den Weg zu bringen.

In vielen unserer Nachbarländer gibt es bereits die Möglichkeit von Volksabstimmungen und auch unser Grundgesetz schließt diese Möglichkeit nicht aus. Laut unseres Antrags kann ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz per Volksentscheid wieder aufgehoben werden, wenn eine Million Wahlberechtigte dies beantragen. Unser Parlamentarischer Geschäftsführer Thomas Oppermann dazu: „Die Bürger wollen heute nicht mehr darauf beschränkt sein, alle vier Jahre die politische Grundrichtung zu bestimmen, sondern wollen auch dazwischen punktuell über wichtige Fragen entscheiden“. Wir freuen uns, dass wir die FDP und die Grünen bei diesem Thema an unserer Seite wissen. Allein die Union bremst hier.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Flutkatastrophe hat viele Menschen schwer getroffen. Wir haben Euch bereits in der letzten Ausgabe der Aktuellen Hauptstadinfos zum Spenden aufgerufen.

Wir möchten DANKE sagen, an alle die bereits gespendet haben und vor allem an die vielen Helferinnen und Helfer, ob ehrenamtlich, von der Feuerwehr, vom THW, der Polizei oder der Bundeswehr! DANKE an die, die unterstützen, Trost spenden und Unterkunft bieten.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia